

Die Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für die Redaktion und Druckerei: Adolf Schönlank, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Ebert, Leipzig. — Preis der „Volksstimme“ G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 6. — Abonnementspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2,70 M., ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: Die Zugs-Koloneltelle 20 Pfennig, Injektoren a. auswärts 25 Pfennig, im Restkometel 20 Pfennig. Verlag: a. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 265.

Halle, Donnerstag den 14. November 1918.

2. Jahrgang.

Der sächsische König abgedankt!

Dem Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging folgendes Schreiben zu:

Dresden, 13. November 1918.

An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden, Ständehaus.

Auf die heute früh mündlich an Seine Excellenz den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß Seine Majestät der König auf den Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun. Der Minister des Innern. Dr. Koch.

Als der letzte einer hat nun auch Friedrich August den seinen Verhältnissen weichen müssen. Es hat sich wohl kein Mann während des Krieges so mitleidig gemacht, wie er. Wir möchten heute nur daran erinnern, daß die sozialdemokratische Fraktion im Landtage wiederholt gegen die mit der Vaterlandspartei gewechselten Telegramme Friedrich Augusts, die von den Ministern Balthus und Dr. Wed ausdrücklich gebilligt und verteidigt wurden, zu protestieren sich genügt hat.

Erklärung der deutschen Waffensstillstands-Deputation.

Berlin, 13. November. Die deutschen Bevollmächtigten haben bei der Unterzeichnung des Waffensstillstandes nachfolgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der aufgestellten Verpflichtungen Sorge zu tragen. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung Einigungen eingegangen werden ist. (Es folgt Besprechung auf den am 9. und 10. November stattgefundenen Austausch von Schriftstücken zwischen den deutschen Waffensstillstandsbevollmächtigten und Marschall Foch.)

Wir dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Punkte der Räumungspolitik sowie die Abgabe unentgeltlicher Transportmittel einen Zustand herbeiführen werden, der ohne Berücksichtigung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen wird.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten erwidern es ferner für ihre Pflicht, unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen nach einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungernot stürzen muß. Nach den Bedingungen, die den Waffensstillstand eingeleitet haben, müßten die Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Grenzen die Punkte der am Kampfe Beteiligten, der Frauen und Kinder, beendet hätten.

Das deutsche Volk, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren.

Ein Volk von 70 Millionen selbst, aber es stirbt nicht, Ebert, Ebert, Graf Dornburg, von Winterfeldt, Grafenau.

An die Bevölkerung der zu besetzenden Gebiete.

Wir ersuchen dringend, auf die Bevölkerung einzuwirken, daß sie ruhig an ihrem Wohnort bleibt und nicht aus Furcht vor feindlicher Besetzung flieht. Die Besetzungslage bedeutet es, je höher die Bevölkerungsdichte ist, desto besser. Die Besetzungslage bedeutet es, je höher die Bevölkerungsdichte ist, desto besser. Die Besetzungslage bedeutet es, je höher die Bevölkerungsdichte ist, desto besser.

Die Reichsleitung: Ebert, Saase.

Warnung.

In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Verkehr und die Verwaltung des öffentlichen Verkehrs einbezogen. Es wird dringend empfohlen, solche Eingriffe zu vermeiden. Zur Erlangung der öffentlichen Verkehrsmittel, die dem Volke gestellt sind — Durchführung der Waffensstillstandsbedingungen, Rückführung der Truppen, Ernährung des Volkes und des Heeres — ist ein ungehinderter Gang der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Jede Einschränkung von außen, und wenn er in besserer Weise geschieht, kann unüberwindliche Hindernisse setzen. Werden Willkürliche festgesetzt, so werden man sich an den Reichsminister Dr. Winterfeldt, dem die Aufsicht über das Verkehrswesen übertragen ist; oder man hüte sich, die einzelnen Verkehrsstellen oder gar das Eisenbahnministerium durch unzulässige Anordnungen in der Arbeit lahmzulegen. Wer das tut, leistet bei Sünde des Volkes und der Freiheit einen Verrat. Der Rat der Bevollmächtigten: Ebert, Saase.

Andie Arbeiter- und Soldatenräte!

In Berlin ist ein Reichsrat für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsrat) von dem Rat der Volkseinkaufspreise und dem Arbeiter- und Soldatenrat errichtet worden. Ihre erste Aufgabe ist, unseren aus dem Jahre heimkehrenden Wehrern auf dem Weg zur Heimat und zur früheren Arbeitsstätte helfend zur Seite zu stehen und den auf der Rückwärtsreise befindlichen Arbeitern, Arbeitern und Angestellten eine andere Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Arbeiter- und Soldatenräte! Stellt der Zentralstelle! Ihre Arbeit ist für den Bestand unseres Volksebens entscheidend. Galtet Euch an die von der Zentralstelle eingeleiteten Demobilisierungsorgane, Demobilisierungskommissionen in den Regierungsbezirken und Demobilisierungsausschüsse in den Stadt- und Landkreisen. Die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen müssen zunächst bestehen bleiben. Neue Beschlagnahmen durch die Arbeiter- und Soldatenräte dürfen nicht stattfinden, sonst ist Vermehrung unvermeidlich und der Arbeiter kann nicht arbeiten.

An der Landwirtschaft sind alle Weiber verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in den gewerblichen Betrieben, Industrie und Handwerk, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilisierungsorgane durch Nacharbeiten helfen.

Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn erhalten. Für alle, welche keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen. Die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfrage ist gelöst. Wer bei ungehörter Arbeit in der Rückwärtsreise nicht mehr zu beschaffenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten Arbeit zu schaffen. Die wertvolle Arbeit aller aber ist die Voraussetzung jeder neuen politischen und sozialen Organisation des Volkes. Wer die wertvolle Beschäftigung von Arbeit hört, wer die ruhige Demobilisierung und der Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr zu beschaffenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten Arbeit zu schaffen. Die wertvolle Arbeit aller aber ist die Voraussetzung jeder neuen politischen und sozialen Organisation des Volkes. Wer die wertvolle Beschäftigung von Arbeit hört, wer die ruhige Demobilisierung und der Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr zu beschaffenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten Arbeit zu schaffen.

Berlin, 13. November. Verlängerte Debatte Nr. 10. Ebert, Saase.

Bekanntmachung des Demobilisierungsamts.

Alle von deutschen Kriegsministern, Stell. Generalkommando, Gouvernements und Kommandanturen erlassenen Befehlsanordnungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (s. B. Beschlagnahmen, Höchstpreisverträge usw.) bleiben im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisierung zunächst in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung, sowie die nötigen allgemeinen Ausnahmen werden unverzüglich vom Demobilisierungsamt, Berlin, Post. Debatte Nr. 10 oder in seinem Auftrag erlassen werden. Die Reichsregierung ist nicht verpflichtet, sich an diese Befehlsanordnungen zu halten, sondern nur die Befehlsanordnungen zu befolgen, die dem Demobilisierungsamt vorgelegt sind.

Reichsdemobilisierungsamt: Koch.

Gegen Eingriffe in die Kommunalverwaltungen.

Berlin, 13. November. Die preussische Regierung (ges. Tisch und Stroh) richtete an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgende Telegramm: In einer Reihe von Städten wurden Stadtvorstände, Stadtvorstandsvorstände und Deputationen aufgehoben und an ihre Stelle für die Gemeindeverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt. Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Grundsätzen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es gefährdet auch höchste den ruhigen Fortgang der Volkserziehung, der Aufrechterhaltung der Familien, der Krankenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben. Selbstverständlich können grundlegende Anforderungen in diesen Organen einerseits Gemeindevorständen nur insoweit eingehalten werden, als dies dem Wohlstand der Bevölkerung durch die Rat der Volkseinkaufspreise ein bestimmtes Programm für die Wahlen zu den öffentlichen Verwaltungen vorsehen hat, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Ein Aufruf der neuen preussischen Regierung.

Berlin, 13. November. In einem Aufruf der neuen preussischen Regierung an das preussische Volk heißt es: Die Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf restaurierte Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Staat umzuwandeln. Die neue preussische Regierung ist verpflichtet, die Interessen des preussischen Volkes zu wahren und die Einheit des Reiches zu wahren.

Neuer die zünftigen Staatsbedingungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland in eine verfassungsmäßige Verfassung umzuwandeln; diese Wahl erfolgt auf Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältnisverhältnis. Es zum Zusammenhang dieser verfassungsmäßigen Verfassung übernimmt die preussische Regierung, die Personen in dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der

neuen Reichsleitung für Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volkserziehung zu sorgen.

Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien u. a. hervorzuheben:

Die Schaffung der Einheitschule, Befreiung der Schule von jeglicher kirchlicher Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche, völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevorstellungen in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungen.

Wichtigster Aufbau und Entwidlung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Ordnung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Veranschaulichung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Reichslegie und des Staatspostwesens im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reformen des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Das preussische Kronfideikommissvermögen beschlagnahmt!

Die preussische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme des preussischen Kronfideikommissvermögens:

Sämtliche zum preussischen Kronfideikommissvermögen gehörigen Gegenstände werden hierdurch mit Beslag belegt. Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen.

Das nicht zum Kronfideikommissvermögen gehörige, im Sondergutvermögen des Königs und der Königin in Kamille bestehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Berlin, 13. November. Die Arbeiter- und Soldatenräte werden ersucht, zu veranlassen, daß den Kriegsgefangenen ein mitgeteilt werde, daß die Regierung dafür sorgen wird, daß die im Inlande befindlichen Kriegsgefangenen, die nicht die Waise haben, hier zu bleiben, die Besetzung erhalten, nach dem Friedensschluß ohne Verzögerung in die Heimat zurückzuführen.

Die Bildung der roten Garde eingestellt.

In Ermüdung, daß die Bildung einer besonderen roten Garde in Auflösung außerhalb der bestehenden Truppenteile bei den Soldaten der Berliner Garnison den Glauben erweckt hat, daß in dieser Neuorganisation ein Mißtrauen in die revolutionäre Überzeugtheit der Truppen ausgedrückt ist, während andererseits die Truppen in einseitigem Beschluß ihrer Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat sich bereit erklärt haben, jederzeit auf Anordnung des Volkseinkaufspreises und Soldatenräte zur Verteidigung der revolutionären Erzeugnisse und zur Befreiung der sozialistischen Republik Blut und Leben zu lassen, beschloß der Volkseinkaufspreis:

Die Bildung einer roten Garde ist vorläufig einzustellen. Der Volkseinkaufspreis der Arbeiter- und Soldatenräte. Richard Müller. Wollenbuhr.

Gegen Eingriffe in die Lebensmittel-Versorgung.

Die Aufrechterhaltung der Volksernährung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die öffentlich bedienten Lebensmittel durch unzulässige Stellen vorgenommen werden. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über Bestände an Mehl, Getreide und anderen Lebensmitteln; die der Reichsregierung, einer anderen Lebensmittellieferanten oder einem Kommunalverband gehören, müssen daher unbedingt unterbleiben, so weit sie getroffen sind, sofort rückgängig gemacht werden. Die Reichsleitung: Ebert, Saase.

Eine stürmische Soldatenversammlung in Berlin gegen linkssozialistische Sonderbestrebungen.

Der Volkseinkaufspreis der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin hatte am Mittwoch eine Soldatenversammlung zusammenberufen, die sich mit dem Fortschritt der Arbeiterbewegung beschäftigte. Den Mittelpunkt der Versammlung bildete ein Aufruf des Volkseinkaufspreis, in dem es heißt, daß die Revolution der Sicherheit bedürftig und deshalb 2000 sozialistisch gebildete und politisch organisierte Soldaten und Arbeiter mit militärischer Ausbildung den Schutz der Revolution übernehmen sollte. Ausdrücklich wurde gesagt, daß die Mitglieder dieser Garde einer der besten vertriebsfähigen Parteien und einer Gewerkschaft angehören und militärisch ausgebildet sein müßten. Die Soldaten und auch die Bevölkerung haben diesen Aufruf mit großem Mißtrauen aufgenommen. Sie vermuten in der neuen Gründung die Bildung einer roten Garde. Ein Vertreter sagte, die Marine werde mit dem Vordringen der Arbeiter- und Soldatenräte, die wollte aber keine rote Garde. Gegen diese mit stürmischer Zustimmung empfangene

annommene Kreuzung konnte ein Mitglied des Volkskongresses, das die Bedeutung zu vertiefen suchte, nicht aufkommen. Auf den Zentraltag, warum man in Berlin 2000 Rotgardisten brauche, antwortete der Redner, es würden zum Wiederholungs der Gegenrevolution Männer gebraucht, auf die sich die Revolution verlassen könne. Wir hätten auch die Aufgabe, die Revolution nach England und Frankreich zu tragen. Diese Ausführungen ließen inoffiziell auf förmlichen Widerspruch. Fast alle Redner verlangten die Zurücknahme des Vortrags. Das Präsidium wollte nicht, daß jetzt Parteistellen den Schwupf übernehmen. Die nächste Regierung dürfe nur ein Provisorium sein. Darauf wurde folgender Antrag eingebracht:

Die durch Ihre geschätzten Soldatenräte vertretenen Garnisonen Groß-Berlins werden die Bewegungen der Arbeiter solange mit Mithilfe betrachten, als die Regierung, zu deren Schwupf sie dienen soll, sich nicht ausdrücklich zur Einberufung der Nationalversammlung als die alleinige Grundlage der zu gebenden Verfassung bereit erklärt.

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es wurde weiter beschlossen, daß die Bildung der Roten Garde vom Arbeiter und Soldatenrat sofort zur Einnahme werden müsse, und daß die Waffen dieser 2000 Mann an einem bestimmten Punkt niederzuliegen seien. Eine Abordnung von drei Soldaten wurde an den Volkskongress abgeordnet, um die sofortige Zurücknahme der Bildung einer Roten Garde durchzusetzen. Alle Redner betonten unter förmlichem Beifall, daß die Soldaten es abweisen, die Forderung der Spontankonzeption über die Unabhängigkeit zu befolgen. Sie können Mann für Mann hinter der neuen Regierung, und wenn diese Schwupf brauche, wäre die gesamte Groß-Berliner Garnison zu ihrer vollen Verfügung. Aber gerade deshalb ist eine rote Garde überflüssig und gefährlich.

Die Beratungen sollen heute Donnerstag fortgesetzt werden. Inzwischen wird gemeldet, daß der Volkskongress des Arbeiters und Soldatenrates beschlossen hat, die Bildung einer Roten Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereit erklärt haben, jederzeit zur Verteidigung der revolutionären Ergründungen und zur Befestigung der sozialistischen Republik ihr Leben einzusetzen.

Wir wollen hier nicht unterlassen, als die gegen die geplante rote Garde erheblichen Bedenken begründet sind, so ausdrücklich gesagt wird, daß die Mitglieder dieser Garde einer der beiden sozialdemokratischen Parteien angehören und auch gesellschaftlich organisiert sein sollen. Aber immerhin ist es zu bezweifeln, daß sich die Soldaten gegen alle Parteirebellen und besonders dagegen wenden, die Geschäfte der Spontankonzeption und die Unabhängigkeit befolgen zu lassen, und daß sie weiterhin entschieden die Einberufung der Nationalversammlung fordern. Das ist der Standpunkt der Demokratie, der entschieden unterstützt werden muß. Nur durch die Demokratie kann die Revolution gesichert und die Freiheit gesichert werden.

Die französischen Sozialisten und Republik Deutschland.

Die französische sozialistische Partei und der allgemeine Arbeiterverband haben eine große Veranlassung abgesehen. Um die deutsche Revolution zu begrüßen. Die Veranlassung nahm einmütig folgende Entschließung an: Die im Synchilengebäude versammelten Arbeiter des Departements Seine begrüssen die Revolution, die als Folge der Wiedervernung des Militarismus den Thron stürzte und die Privilegien in Mitteleuropa abgeschafft hat. Wie Vebel und Friedrich 1871, nach dem Sturz Napoleons, verlangen heute die Parteien der Arbeiter einen ehrenvollen Frieden, einen Rechtsfrieden und einen republikanischen Frieden für die deutsche Republik.

Die sozialistische Republik.

Die ersten Gesetzgebungsakte der Regierung der Volksbeauftragten liegen überwiegend auf rein politischem Gebiet. Belagerungszustand und Zensur werden aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird wiederhergestellt. Aber nicht nur wiederhergestellt. Die Meinungsäußerung in Wort und Schrift wird grundsätzlich für vollkommen frei erklärt und für alle politischen Straftaten verlitet. Amnestie gebietet. Mit der Zensur zugleich wird auch die früher im Frieden herrschende Zensurzeit befristet.

Aber die rein sozialistische Regierung, die jetzt Deutschland leitet, hat sich nicht mit diesen politischen Normen begnügt, sondern ist tatkräftig auf das soziale Gebiet hinübergegangen. Die Heimkehrbedingungen und die Ausnahmestellung gegen Landarbeiter sind außer Kraft gesetzt, der vorkriegliche Hilfsdienst wird aufgehoben, abgesehen von den Bestimmungen über Arbeiterrenten, Angestelltenausfälle und Schlichtung von Streitigkeiten, und die während des Krieges außer Kraft gegangenen Arbeiterrentenbestimmungen werden wiederhergestellt. Während diese Bestimmungen sofort Rechtskraft erhalten, wird für eine Zeit von wenigen Wochen die Durchführung des achtstündigen Normalarbeitstages angeordnet. Die Vorlage über die Vermögensüberprüfung ist fertiggestellt. Nahrungsmitteleinstellung und alle anderen sozialen Schäden sollen energig bekämpft werden.

In diesen Bestimmungen tritt deutlich zutage, daß die neue Volksrepublik sozialistischen Charakter tragen muß und tragen wird. Der Zweifel daran, daß die Sozialdemokratie hierzu entschlossen sei, hatte die Einigung der beiden sozialistischen Parteien zur Übernahme der Regierungsgewalt erschwert. Aber dieser Zweifel war vollkommen unbegründet. Schon vor der deutschen Revolution, als die Sozialdemokratie noch in langsamem Bohren der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen suchte, schrieb Otto Bauer in der Wiener Arbeiterzeitung vom 10. Oktober über die voranschreitenden Folgen der Demokratisierung Deutschlands:

„Der Sieg der deutschen Demokratie wird der Sieg des deutschen Proletariats, der Sieg des deutschen Sozialismus sein. Kein Land der Welt ist für den Sozialismus so reif wie Deutschland. In Russland, wo ein junges Proletariat mit heldenhaftem Hingeben den Versuch unternimmt, eine soziale Gesellschaft aufzubauen, bildet die Arbeiterklasse nur ein Achtel der Bevölkerung in Deutschland gehören zum Proletariat zwei Drittel der Nation.“

Unter dem 10. November bestätigt die Wiener Arbeiterzeitung, daß diese Vorherige Erfüllung gefunden hat: „In Deutschland frei, so fällt dem Proletariat die Herrschaft in Deutschland zu. Der Sieg der Republik ist in dem bodenständigen Lande der Arbeiterklasse nur ein Achtel der Bevölkerung in Deutschland gehören zum Proletariat zwei Drittel der Nation.“

Das ist das Ziel, welches die sozialistische Regierung Deutschlands sich vorsetzte, und die Volksbewegung hat den Arbeiter zur Konstituante muß in die Vollmacht geben die entscheidenden Schritte zur Sozialisierung der Produktion zu tun.

Wider den Bolschewismus!

Abweisung des Bolschewismus liberal! Eine ebenso auffällige wie merkwürdige Erscheinung. Vor einigen Tagen wurde bei uns die Meldung verbreitet, daß die Entente mit



einen bolschewistischen Deutschland keinen Frieden stiften werde. Das Berliner Tageblatt berichtet fobann, daß umfassende militärische Maßnahmen der Entente gegen den Bolschewismus bevorstehen. Amerika habe bereits Österreich vor fursatz wissen lassen, daß die Entente entsprechende Maßnahmen ergreifen werde, um den Ausbruch einer bolschewistischen Bewegung in Österreich und Deutschland zu verhindern. Es verlautet, daß sich Kräfte der Entente nach Ueberwindung der Zentralmächte gegen den Bolschewismus, mo immer er aufstehe, wenden und durch Beförderung seiner Garde im Osten die Westmächte selbst vor dem Uebergreifen der Bewegung auf ihre eigenen Gebiete schützen werde. Nach einer anderen Meldung detselben Inhaltes wäre auch eine militärische Intervention der Westmächte gegenüber der Schweiz zu erwarten, nachdem aus der Schweiz die bolschewistischen Verbreitungen an Umfang zunehmen und damit zugleich auch deren Unabhängigkeit gefährden. Die Entente ist entschlossen, auch in neutralen Ländern einzumarschieren, um den Bolschewismus niederzukämpfen. Man darf es den „demokratischen“ Westmächten und den Vereinigten Staaten schon vertrauen, daß sie mit allen Mitteln versuchen werden, den Bolschewismus zu erschaffen, um den Kapitalismus zu retten. So wie der Frieden, den uns die „demokratischen“ Feinde bringen werden, mit Recht und Gerechtigkeit nichts, dafür aber alles mit Gewalt und Diktatur zu tun haben wird, so wird auch die Freiheit, die sie uns zugebacht haben, eine zweifelhafte Sache sein. Aus leitenden Kreisen Washingtons wurde berichtet, daß der Bolschewismus die neue deutsche Regierung nicht fultständig zu unterstützen. Auch diese Meldung ist offenbar gegen den Bolschewismus gerichtet. Vom sozialistischen Standpunkt der westlichen „Demokratien“ sind diese Behauptungen, wie gesagt, begründet.

Verfechterinnen oder noch als die Befreierinnen der kapitalistischen Demokratie des Westens sind die Abgaben, die bei uns an die Adresse des Bolschewismus gerichtet werden. So beschäftigt nach einer Meldung aus München der Gedanke des Bolschewismus, den man fürchtet, dort die westlichen Kreise. In einer Unterredung, die der Korrespondent des Berliner Tageblattes mit dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner hatte, kam dieser auf den Bolschewismus zu sprechen. Eisner sagte, er sei der Ansicht, daß die neue deutsche Regierung nicht fultständig zu unterstützen. Auch diese Meldung ist offenbar gegen den Bolschewismus gerichtet. Vom sozialistischen Standpunkt der westlichen „Demokratien“ sind diese Behauptungen, wie gesagt, begründet.

Verfechterinnen oder noch als die Befreierinnen der kapitalistischen Demokratie des Westens sind die Abgaben, die bei uns an die Adresse des Bolschewismus gerichtet werden. So beschäftigt nach einer Meldung aus München der Gedanke des Bolschewismus, den man fürchtet, dort die westlichen Kreise. In einer Unterredung, die der Korrespondent des Berliner Tageblattes mit dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner hatte, kam dieser auf den Bolschewismus zu sprechen. Eisner sagte, er sei der Ansicht, daß die neue deutsche Regierung nicht fultständig zu unterstützen. Auch diese Meldung ist offenbar gegen den Bolschewismus gerichtet. Vom sozialistischen Standpunkt der westlichen „Demokratien“ sind diese Behauptungen, wie gesagt, begründet.

Verfechterinnen oder noch als die Befreierinnen der kapitalistischen Demokratie des Westens sind die Abgaben, die bei uns an die Adresse des Bolschewismus gerichtet werden. So beschäftigt nach einer Meldung aus München der Gedanke des Bolschewismus, den man fürchtet, dort die westlichen Kreise. In einer Unterredung, die der Korrespondent des Berliner Tageblattes mit dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner hatte, kam dieser auf den Bolschewismus zu sprechen. Eisner sagte, er sei der Ansicht, daß die neue deutsche Regierung nicht fultständig zu unterstützen. Auch diese Meldung ist offenbar gegen den Bolschewismus gerichtet. Vom sozialistischen Standpunkt der westlichen „Demokratien“ sind diese Behauptungen, wie gesagt, begründet.

Verfechterinnen oder noch als die Befreierinnen der kapitalistischen Demokratie des Westens sind die Abgaben, die bei uns an die Adresse des Bolschewismus gerichtet werden. So beschäftigt nach einer Meldung aus München der Gedanke des Bolschewismus, den man fürchtet, dort die westlichen Kreise. In einer Unterredung, die der Korrespondent des Berliner Tageblattes mit dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner hatte, kam dieser auf den Bolschewismus zu sprechen. Eisner sagte, er sei der Ansicht, daß die neue deutsche Regierung nicht fultständig zu unterstützen. Auch diese Meldung ist offenbar gegen den Bolschewismus gerichtet. Vom sozialistischen Standpunkt der westlichen „Demokratien“ sind diese Behauptungen, wie gesagt, begründet.

Verfechterinnen oder noch als die Befreierinnen der kapitalistischen Demokratie des Westens sind die Abgaben, die bei uns an die Adresse des Bolschewismus gerichtet werden. So beschäftigt nach einer Meldung aus München der Gedanke des Bolschewismus, den man fürchtet, dort die westlichen Kreise. In einer Unterredung, die der Korrespondent des Berliner Tageblattes mit dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner hatte, kam dieser auf den Bolschewismus zu sprechen. Eisner sagte, er sei der Ansicht, daß die neue deutsche Regierung nicht fultständig zu unterstützen. Auch diese Meldung ist offenbar gegen den Bolschewismus gerichtet. Vom sozialistischen Standpunkt der westlichen „Demokratien“ sind diese Behauptungen, wie gesagt, begründet.

Verfechterinnen oder noch als die Befreierinnen der kapitalistischen Demokratie des Westens sind die Abgaben, die bei uns an die Adresse des Bolschewismus gerichtet werden. So beschäftigt nach einer Meldung aus München der Gedanke des Bolschewismus, den man fürchtet, dort die westlichen Kreise. In einer Unterredung, die der Korrespondent des Berliner Tageblattes mit dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner hatte, kam dieser auf den Bolschewismus zu sprechen. Eisner sagte, er sei der Ansicht, daß die neue deutsche Regierung nicht fultständig zu unterstützen. Auch diese Meldung ist offenbar gegen den Bolschewismus gerichtet. Vom sozialistischen Standpunkt der westlichen „Demokratien“ sind diese Behauptungen, wie gesagt, begründet.

zu ihrer Stärke vertreten sein müssen, kann in Zukunft alle gegebene Gewalt liegen. Es ist ein dieser Gewalt sind kontrollierende oder gar richtunggebende Körperlichkeiten u. n. m. g. l. i. c. Diese gegebene Veranlassung wird zunächst die demokratische Verfassung festhalten haben. Und erst dann wird an die Umwidmung der Wirtschaft in eine sozialistische Gemeinwesen herangetreten werden können. Dieser Umwidmungsprozess wird nicht so einfach sein wie der durch die Revolution herbeigeführte Umbau der alten Staatsordnung, es wird vielmehr nur in langwieriger und jäher Arbeit allmählich durchgeführt werden können. Es ist eine andere Weg aber auch nur jedes B w e i d e n von diesem Weg muß unfehlbar zum Zusammenbruch, zu Anarchie und Volksherrschaft führen. Das haben schließlich auch die Unabhängigen erkannt, wie ihre Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialisten in der Berliner Zentralregierung und auch die Leipziger Volksregierung in ihrem Zirkel Ernste Lage fultständig zeigt. In Leipzig zwar herrscht im Gegensatz zu dieser Erkenntnis die Illusion der Unabhängigen, diese Illusion wird aber den Anordnungen der gegebenden Zentralregierung weichen müssen. Dann wird auch bei uns nicht nur die alte sozialdemokratische Taktik zum Siege gelangt, sondern auch die Partei in Leipzig zu ihrem Rechte gekommen sein.

Wird die neue Ordnung in der angelegenen demokratischen Weise durchgeführt, dann ist auch den sogenannten Demokraten des Westens jede Grundlage zu einem Einschreiten gegen den Bolschewismus in Deutschland der Boden entzogen.

Troefstra gegen den Bolschewismus.

Das Berliner Tageblatt läßt sich von dem Sa a n melden: Die holländischen Sozialistenführer bemühen sich, die auch hier in Holland einsetzende revolutionäre Bewegung in ruhige Bahnen zu lenken. So hat der Sozialistenführer Troefstra in einer Rede in Rotterdam folgendes gesagt: Man ist nicht veranlaßt, um Forderungen zu stellen, sondern zur Bekämpfung des großen Problems, das auch hier die Macht in die Hände der Arbeiter gelegt wird. Die deutschen Sozialisten scheitern bei den Übergang des alten und das Emporblühen des neuen Regimes. Was werden die holländischen Arbeiter dazu tun? Weichen sie wie und was sie machen oder bleiben sie auf ihren Rechten bestehen? Der alte Geist muß aus der Wirtschaftsverwaltung verschwinden, wie der Imperialismus und der Militarismus. Die herrschende Klasse hat wie der wachsende Ungehorsam der Soldaten bereitet, die Stützen ihrer Macht verloren. Die Revolution ist da, nur bleibt die Frage, in welcher Richtung sie sich entwickeln wird. Es darf nicht die russische Richtung sein, die gegen den Geist des russische Volkes vertritt. Holland soll keine Nachahmung des russischen Bolschewismus liefern. Die Sozialisten müssen sich auf politische und revolutionäre Wege konzentrieren. Aber dies muß durch eine wohl organisierte Bewegung geschehen. Ein anderer Redner wies auf Deutschland hin, wo Mehrheits- und Minoritätsparteien nicht gegeneinander kämpfen, sondern einmütig für die Arbeiterklassen.

Politische Ueberzicht.

Die Antwort Brantings.

Auf das Telegramm der beiden sozialdemokratischen Parteivorstände an Branting wegen der für die deutsche Volksernährung unerträglichen holländischen Preissteigerungen hat Branting dem Parteivorstand folgende Drahttelegramm geantwortet: „Bitte sofort gegen fortgesetzte Hungerbedrohungen protestieren. Habe heute im Sozialdemokratischen Parteivorstand mein Bedauern über die holländischen Preissteigerungen geäußert.“

Reichstag und Nationalversammlung.

Eine Note, wonach die auf den 18. November angelegte Reichstagsungung erfüllt, lenkt unser Interesse wieder auf die Unter dem Eindruck der Revolution fast vergessene Körperlichkeit. Eröffnet die bisherige Reichstag noch? Die Frage ist schwer zu beantworten. Im allgemeinen ist eine Revolution ein Akt, durch den die bisherigen Träger der staatlichen Willensbildung außer Kraft gesetzt werden. Nun könnte man allerdings für den Reichstag eine Ausnahme beifürworten, weil er auf dem gleichen Wahlsitz beruht und bisher die einzige demokratische Einrichtung im Deutschen Reich darstellte. Aber bei dem gewaltigen Umschwung, den eine Revolution im deutschen Reich hervorruft, hält es schwer, den lange vor der Revolution geschaffenen Reichstag noch als Ausdruck der jetzigen Volkswillens anzuerkennen. Auf der anderen Seite würde eine einfache Ausschaltung des Reichstages eine jäßbare Lücke erzeugen, weil es alldann an jeder Vertretung fehlt, die den Willen des gesamten Volkes irgendwie darzustellen beanspruchen darf.

Aus diesem Zweifel kann die Regierung am besten herauskommen, wenn sie den Reichstag, aber gleichseitig auch die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung aufschreibt. Diese Wahlen sind ohnehin von ungeheurer Wichtigkeit. Denn der jetzige Zustand kann nur ein Provisorium sein. Mitten in der Revolution kann natürlich keine Vertagung des Volkes stattfinden, dazu muß vielschönig behandelt werden. Ansofobend wird die Regierung zu erwarten, daß man nicht glaubt, daß es dem Willen der revolutionären Klassen entspricht. Aber man muß sich darüber klar sein, daß das eben nur ein Vorbehalt ist, der einen geordneten demokratischen Verfahren zu weichen hat, sobald für dieses eine Möglichkeit besteht.

Der unvollständige Reichstag.

Die nationaloffizielle Reichstagsaktion hat eine Erklärung erlassen, in der sie sich mit dem geordneten Zustand so gut wie möglich abzufinden sucht. Sie fordert die Einberufung einer Konstituante, und bis diese erfolgt, die Mitwirkung des Reichstages an der Regierung. Das die konstituierende Verammlung möglichst bald zusammentritt, ist ein Wunsch, den auch die Sozialdemokratie teilt. Der alte Reichstag aber kann ebensowenig jetzt an der Regierung weiter mitwirken wie das der Bundesrat als Vertretung der Angehörigen der Regierung oder die früheren deutschen Fürsten und Fürstentümer. Die Revolution hat diese alten Gewalten unmöglich gemacht; sie hat auf den Anspruch darauf erheben kann, noch als Vertretung des deutschen Volkes der richtige Ausdruck des Volkswillens zu sein. Nur die Revolution kann neue geeignete Gewalten schaffen — die alten sind für immer dahin.

Die Abordnung in Preußen.

Wie verlautet, beschließt die neue preussische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus für aufgelöst und das Herrenhaus für abgeschafft zu erklären. Die Wähler der Krone sollen Nationalkongress werden.

Die 9. Kriegsanleihe.

Berlin, 13. November. Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen etwa die zum Umfang gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 887 Millionen Mark. Zeilangelegenheiten noch aus, so daß sich der Gesamtbetrag noch etwas erhöhen dürfte. Am Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, denen die Kriegsanleihe entgegen zu stehen wurde, hat der Ergebnis, wenigstens es an die Resultate der dazugehörigen Verleihen erschließbarweise nicht heranzuzieh, daß es höchst befriedigend bezeichnet werden.

Der Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen.

Die Waffenstillstandsbedingungen, die wir bisher erst im Auszuge mitteilen konnten, liegen jetzt im Wortlaut vor. Sie lauten:

A. Auf der Westfront.

1. Einstellung der Feindseligkeit zu Lande und in der Luft 6 Stunden nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

2. Sofortige Räumung der besetzten Gebiete (Belgien, Frankreich, Elsass-Lothringen und Luxemburg). Es ist so zu regeln, daß sie in einem Zeitraum von 14 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt ist. Die deutschen Truppen, welche die erwähnten Gebiete in dem festgesetzten Zeitraum nicht geräumt haben, werden zu Kriegsverbrechen gemacht. Die gesamte Befreiung dieser Gebiete durch die Truppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten wird den Verantwortlichen der Räumung folgen.

3. Alle Einwohner der oben angeführten Länder (einschließlich die Geiseln, die im Anfrageschluss und bereits zurückerhalten werden) werden in ihre Heimat zurückgeführt. Diese Rückführung beginnt sofort und muß in einem Zeitraum von 14 Tagen beendet sein.

4. Die Deutschen überlassen folgendes Kriegsmaterial in gutem Zustand: 5000 Kanonen (davon 2500 schwere und 2500 leichtere), 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Jagd- und Bombenabwurfzeuge. In erster Linie alle Apparate T. 7 und alle für nächsten Bombenabwurf bestimmten Flugzeuge.

5. Räumung des linken Rheinufer durch die deutschen Truppen. Das linke Rheinufer wird durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten verwaltet. Die Truppen der Verbündeten und Vereinigten Staaten werden die Besetzung dieser Gebiete sichern, indem sie die hauptsächlichsten Rheinübergänge (Mainz, Koblenz, Bonn) inbegriffen je eines Brückenkopfes von 30 Kilometern Durchmesser auf dem rechten Ufer und außerdem die strategischen Punkte des Gebietes besetzen. Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone geschaffen; sie verläuft zwischen dem Fluß und einer östlich dieses Flusses gezogenen Linie. Diese Linie verläuft von der holländischen Grenze bis zur Parallelen von Gernshain 40 Kilometer, von da an bis zur Schweizer Grenze nur 30 Kilometer östlich des Flusses.

6. Die Räumung dieser rheinischen Gebiete (auf dem linken und rechten Ufer) wird so geregelt, daß sie in einem Zeitraum von weiteren 11 Tagen durchgeführt ist, also im ganzen in 25 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes. In allen vom Feinde geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern unterliegt. Dem Eigentümer der Einwohnern darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Fortführungen irgendwelcher Art werden nicht ausgeführt. Militärische Einrichtungen jeder Art werden in unerschütterlichem Zustande ausgeliefert, ebenso alle militärischen Vorräte, Lebensmittel, Munition, Ausrüstungsstücke, die nicht in dem für die Räumung festgesetzten Zeitraum haben mitgeführt werden können. Alle für die Zivilbevölkerung bestimmten Lebensmittelvorräte jeder Art (Weiß und Schwarz) auf Ort und Stelle geliefert werden. Industrielle Anlagen dürfen keine Schädigung erleiden, ihr Personal darf nicht gemindert werden.

7. Die Verkehrswege und -mittel jeder Art, Eisenbahnen, Schiffe, Kraftwagen, Straßen, Brücken, Telegraphen- und Telephonleitungen dürfen keinerlei Beschädigungen erleiden, das sämtliche zivile und militärische Personal, das augenblicklich an ihnen beschäftigt wird, ist dort zu belassen.

8. In dem für die Räumung Belgiens und Luxemburgs festgesetzten Zeitraum sind den Verbündeten Mächten auszuliefern: 5000 gebräuchlichste Colotonen, 150 000 Eisenbahnwagen, 10 000 Lastkraftwagen,

ämtlich in beschlagnahmtem Zustand, sowie mit allen Reserveteilen und dem nötigen Gebrauchsgerät ausgeliefert.

Die eisenbahnfähigen Wagen mit sämtlichem organisch zu ihnen gehörendem Personal und Material sind in demselben Zeitraum auszuliefern.

Außerdem ist das für den Eisenbahnverkehr auf dem linken Rheinufer notwendige Material an Ort und Stelle zu belassen. Sämtliche Vorräte an Kohlen und Betriebsmaterial, Schienen, Signalgeräte, Materialmaterial, sind an Ort und Stelle zu lassen und während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes von Deutschen vollständig und in gutem Zustande zu unterhalten. Sämtliche den Verbündeten abgenommenen Güterstücke sind ihnen zurückzugeben.

9. Das Requisitionswesen wird von den Armeen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten auf allen von ihnen besetzten Gebieten eingestellt.

Der Unterhalt der Besatzungstruppen der rheinischen Gebiete (mit Ausnahme Elsass-Lothringens) erfolgt auf Kosten der deutschen Regierung.

10. Sämtliche Kriegsgefangenen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten, einschließlich die in Anfrageschluss befindlichen und Zurückgelassenen, sind in ihre Heimat zu befreien. Die Einzelbefreiungen werden nach getroffen. Die Verbündeten Mächte und die Vereinigten Staaten sollen das Recht haben, nach Guiltindien über sie zu verfügen.

B. Bestimmungen hinsichtlich der deutschen Ofgrenzen.

12. Sämtliche deutsche Truppen, welche sich augenblicklich auf dem von dem Krieg zu befreienden, Rußland, Rumänien und der Türkei gehörigen Gebiete befinden, müssen hier die deutschen Grenzen zurückgeben, wie sie am 1. August 1914 waren.

13. Die Abwehrkräfte der deutschen Truppen und die Rückführung sämtlicher deutschen Infrastruktur, Geologischen, Zivil- und Militärgenossen zum russischen Gebiet (noch den Grenzen vom 1. August 1914) ist sofort einzustellen. Sämtliche Requisitionen und Beschlagnahmungen von Gegenständen, die nach Deutschland überführt werden sollen durch die deutschen Truppen, haben in Rumänien und Rußland (innerhalb ihrer Grenze vom 1. August 1914) von nun an sofort zu unterbleiben. 15. Verzicht auf die Friedensverträge von Brest-Litovsk und Brest-Komstschakow auf ihre Nachfolger.

16. Die Beschlagnahmungen sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an ihren Ofgrenzen geräumten Gebieten launlich über Danks wie auch über die Weidung haben, um die Bevölkerungen dieser Gebiete versorgen zu können oder auch für jeden anderen Zweck.

C. In Ostafrika.

17. Besatzungslose Überreste aus deutschen Kräfte, welche in Ostafrika operieren, innerhalb eines Monats.

D. Allgemeine Bestimmungen.

18. Alle Zivilinteressen (einschließlich die Geiseln, die in Anfrageschluss befindlichen oder Zurückgelassenen), welche den Verbündeten oder verbündeten Mächten angehörend und nicht im Artikel 3 aufgeführt sind, sind ohne Recht auf Gegenleistung in einem Höchstzeitraum von 1 Monat in ihre Heimat zu befreien. Ausführungsbestimmungen bleiben noch festzusetzen.

19. Finanzielle Bestimmungen: Spätere Ansprüche und Forderungen jeder Art von Seiten der Verbündeten und der Vereinigten Staaten werden vorbehalten.

Die Wiederherstellung aller Beschädigungen. Während der Dauer des Waffenstillstandes darf der Feind keine öffentlichen Werke beschädigen, welche den Verbündeten als Pfänder für die Deckung der Kriegskosten dienen können.

Sofortige Zurücklieferung des Waffenstillstandes der Banque Nationale in Belgien und sofortige Zurücklieferung sämtlicher Dokumente und Wertpapiere (mobiliarer und immobilärer mit dem Ausgabematerial), welche dem öffentlichen Interesse dienen und in den besetzten Gebieten eingezogen worden sind. Rücklieferung des russischen und rumänischen Goldes, welches von den Deutschen beschlagnahmt oder ihnen ausgeliefert worden ist. Dieses Gold wird von den Verbündeten bis zur Zurücklieferung des Friedens in Verwahrung genommen werden. (Wegen Nummernausgabe mußte die Fortführung der Waffenstillstandsbedingungen bis morgen zurückgestellt werden. Red.)

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 14. November 1918.

Wichtig für Arbeiter und Angestellte ist folgende Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats:

Halle a. S., 13. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt die Regelung aller Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, als eine Aufgabe, die zwischen den Arbeitereberverbänden und den Gewerkschaften zu erledigen ist. Er ist bereit, im Bedarfsfälle auf Antrag zu vermitteln und eventuell eine Entschädigung zu zahlen.

Soldaten- und Arbeitererrat Grunow.

Arbeiter und Angestellte müssen ihre Wünsche den zuständigen Gewerkschaften unterbreiten, sofern sie dazu eine Regelung erzwangen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Markt. Freitag auf Abchnitt 4 des Einkaufsscheins über Mehlereizneigung in den folgenden Stellen: Jogh, Große Gohrenstraße 17, Rahl, Schillerstraße 17 und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Güntherstr. 52 (2-6 Uhr). Zugelassen sind nur diejenigen, welche bei den Bоргенnummern zur Kundenliste angemeldet sind. Jede Person 1/2 Pf. für 55 Pfennig.

Riese. Freitag, nur nachmittags von 2-6 Uhr: Nr. 28 001 bis 29 200. Jede Person 55 g für 20 Pf. in der Talamtschule.

Eier. Freitag, vormittags von 8-12 Uhr: Nr. 69 001-63 500, nachmittags von 2-6 Uhr: Nr. 63 501-67 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 42 Pf. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schule.

Milchverkauf. Freitag, vormittags von 8-12 Uhr: Nr. 47 501 bis 48 500, nachmittags von 2-6 Uhr: Nr. 48 501-49 500 der Lebensmittelscheine. Jede Person 55 g für 25 Pf. in der Talamtschule. Gezüge sind mitzubringen.

Morgentrunk. Freitag, auf Karte 21 des Warenbezugscheins 18 je 1/4 1/2 Liter zum Preis von 30 Pf. für das Pfund. Verkauf nur an diejenigen, welche in die Kundenlisten eingetragen sind.

Bekanntmachung.

Zur Sicherung der Kartoffelversorgung!

Um die wünschenswerte Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu sichern, wird hiermit nochmals angeordnet, daß die Haushalte, welche bereits einen Wintervorrat an Kartoffeln durch die Stadt oder durch Landwirte erworben haben, mit dem Verbrauch dieser Kartoffeln sofort zu beginnen haben. Diese Vorräte haben ihre Kartoffelfarmen in den auf den Stammarkenfeldern zu empfangenden amtlichen Briefumschlägen sofort bei der Kartoffelkontrolle des Stadternährungsamtes, Marktplatz 22, L abzugeben.

Diejenigen Haushalte, die Kartoffeln bei einem Landwirt bestellt haben, solche aber von diesem nicht erhalten konnten, müssen sich sofort um die Sicherung bemühen, da die noch nicht besicherten Bestände ausschließlich in Kürze für ungenügend erachtet werden.

Halle, den 14. November 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 6. Juli 1917 (Regierungs-Blatt 1917, Stück 29, Nr. 454) wird hierdurch veröffentlicht, daß nach Mitteilung des Herrn Kurators der vereinigten Friedrichs-Universitäts Halle-Wittenberg wegen der zunehmenden Zerstörung der seit dem 1. Juli v. J. bei den Universitätskassen zur Erhebung kommende Steuerungsunterlagen zu den geltenden Sätzen für Kur und Verpflegung - soweit diese nicht vertraglich festgelegt sind - vom 15. Oktober d. J. an von 0.50 Nr. auf 1 Nr. für den Kopf und Tag erhöht worden.

W. Reueburg, den 12. Oktober 1918.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Wie bereits früher bekannt gegeben worden ist, werden im Interesse der Schonung unserer Viehbestände für die Zeit vom 18. Novem-

ber d. J. bis 12. Januar 1919 weitere 3 fleischlose Wochen eingeführt und zwar vom 18. bis 24. November, 15. bis 22. Dezember und 6. bis 12. Januar 1919.

In den fleischlosen Wochen werden die Fleischpreise für den Fleischverkauf nicht festgesetzt. Die für Kranke auf Zufahrt gewährten besonderen fleischlosen Wochen sind für die fleischlosen Wochen in den jeweils vorhergehenden Wochen zu entnehmen.

Die besonderen Zulagen für Schwerarbeiter, Schmelzwerker, sowie die unter Tage arbeitenden Bergleute werden wie bisher auch in den fleischlosen Wochen ausgegeben.

Die auf die fleischlosen Wochen lautenden Fleischmarken sind ungenügend für den Fleischbezug und dürfen von den Fleischer nicht abgetrennt werden.

Zum Erwerb für das in der Woche vom 18. bis 24. November gefallene Fleisch wird Mehl gegeben. Darüber hinaus wird die Stadt wieder ein Ei auf den Kopf der Bevölkerung abgeben.

Halle, 13. November 1918.

Der Magistrat.

An Industrie, Handel und Gewerbe!

An den Arbeiter- und Soldatenrat in Halle haben wir heute auf Grund eines Beschlusses der in Halle ansässigen Handelskammernmitglieder folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Handelskammer zu Halle, deren Bezirk den Regierungsbezirk Merseburg mit Ausnahme der Kreise Saarghausen und Schweinitz umfaßt und deren gesetzliche Bestimmung ist, die gesamten Interessen der Handels- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch tatsächliche Mitteilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen, stellen dem Arbeiter- und Soldatenrat ihre Mitarbeit innerhalb ihrer Zuständigkeit zur Verfügung.“

Die Handelskammer.

Dr. Steckner. Relnicke. Dr. Pfahl.

Stadt-Theater

Freitag, 15. November; Anfang 7.30 Uhr. Galt 11 Uhr

Die versunkene Glocke.

Oper von Heinrich Böllner. Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.

Thalia-Theater

Jahresfest des Studientheater-Personals Sonntag, 17. November abends 7 1/2 Uhr

Johannisfeuer.

Schauspiel von Sudermann.

Jetzt neue stile Möbel aller Art

Rüden, Schlafzimmereinrichtungen, Kuch-Schränke, Verticos, Sofas, Kastragen (große Auswahl) empfiehlt

H. Sadsch, Sägenstr. 7.

Wir suchen dringend

[1894]

Reparaturschlosser und Arbeiter

bei hohem Lohn. Meldungen an

Elektrowerk - Aktiengesellschaft.

Betriebsleitung Hfornewitz, Kreis Bitterfeld.

Zur Erinnerung an den Reichstags-Abgeordneten

Dr. Ludw. Frank.

Vierfarbendruck-Porträt 29x32 cm groß auf Kunstdruckpapier, so lange der Vorrat reicht, per Stück 1.50 M. gegen Voreinsendung. Nachnahme 30 Pf. mehr.

Georg Menze, Berlin S 59 Hasenheide 90.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Möbel auf Teilzahlung.

Kredit auch nach auswirts.

N. Fuchs, Möbel-Ausstattungs-Geschäft,

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln Möbel, besonders schöne Schlafzimmer, Betriebsräume, Salons, Kleiderschränke, Verikos, Küchenmöbel aller Art.

[1893]

Tüchtige Schachtmeister

mit größeren Kolonnen für Kriegs- und Volkswirtschaftliche Baustellen zum sofortigen Antritt gesucht.

Walter Weissig, Maschinentechnik, Zeitz.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!